

Jacques Barrot

Rede vor dem Europäischen Parlament

Check Against Delivery
Seul le texte prononcé fait foi
Es gilt das gesprochene Wort

Europäisches Parlament

Strasburg, den 16. Juni 2008

**Rede von Jacques Barrot, Vizepräsident der Kommission, zuständig für Justiz,
Freiheit, Sicherheit
vor dem Europäischen Parlament**
(Es gilt das gesprochene Wort)
Montag, 16. Juni 2008

Verehrtes Präsidium,

meine Damen und Herren Abgeordneten,

Präsident Barroso hat mich gebeten, das Amt des für Justiz, Freiheit und Sicherheit zuständigen Kommissionsmitglieds zu übernehmen, nachdem ich es 2 Monate lang vertretungsweise ausgeübt habe. Mir ist die Größe der Aufgabe wohl bewusst, und ich empfinde höchsten Respekt vor der Leistung meiner beiden Amtsvorgänger Antonio Vitorino und Franco Frattini in den vergangenen Jahren. Meine Anerkennung gilt auch allen Mitarbeitern der Generaldirektion JLS und seinem Generaldirektor Jonathan Faull.

Da ich bereits Gelegenheit hatte, mich sowohl im Plenum als auch in Ihren Ausschüssen vorzustellen, möchte ich jetzt nur kurz auf meine Erfahrung und meine Vorstellungen von Europa eingehen. Ich werde erklären, welche Ziele ich anstrebe und auf welche Weise ich sie in enger Zusammenarbeit mit dem Parlament und den Mitgliedstaaten zu verwirklichen gedenke.

I - Mit Erfahrung und Überzeugung im Dienst am europäischen Projekt:

I - 1/ Lassen sie mich kurz meinen Werdegang in Erinnerung rufen:

Mein Beruf als Rechtsanwalt. Als Rechtsanwalt und nicht als Politiker wollte ich den Werten des Humanismus dienen.

Meine Erfahrung als **kommunaler Mandatsträger**: Als Präsident des Departements Haute Loire habe ich die **Bedeutung kommunaler Integrationspolitik** aus nächster Nähe erfahren können. In dieser Region, in der die Aufnahme Verfolgter eine so starke Tradition hat, dass sogar ein ganzes Dorf den Titel „Gerechter unter den Völkern“ verliehen bekam, habe ich ein Aufnahmezentrum für Asylbewerber geschaffen.

Als **Minister** habe ich Erfahrungen in Verhandlungen mit den Sozialpartnern machen können. Der soziale Dialog bleibt eine entscheidende Voraussetzung für Akzeptabilität erfolgreicher Reformen.

Ich kann auch auf eine **lange parlamentarische Erfahrung** zurückblicken: Als Abgeordneter, als Ausschuss- und Fraktionsvorsitzender weiß ich um die Notwendigkeit einer wirksamen Kontrolle der Exekutive durch die Legislative. Diese Kontrolle gilt es zu stärken, gerade auf so wichtigen Feldern wie Justiz, Grundrechte und Sicherheit.

Schließlich stehe ich jetzt zum dritten Mal als europäischer **Kommissar** mit neuem Zuständigkeitsbereich vor Ihnen.

Nachdem ich 2004 von Michel Barnier das Amt des **Kommissars für Regionalpolitik** übernommen hatte, habe ich an der Fertigstellung der Vorschläge zur Reform der Kohäsionspolitik für 2007 - 2013 gearbeitet. Aus dieser Erfahrung behalte ich den Gedanken der **europäischen Solidarität** der Völker, der Regionen und der Staaten in Erinnerung.

Die 4 Jahre, die ich als **Verkehrskommissar** tätig war, haben in mir das Verständnis dafür wachsen lassen, womit wir uns in der JLS befassen: Wir haben

einen Raum des freien Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehrs geschaffen. Die Bürger können immer weniger verstehen, warum sie ihre Rechte nicht mitnehmen können, warum dieser Raum, wenn es um ihre Freiheiten geht, immer noch durch unverständliche Rechtsgrenzen zerstückelt wird, die gleichzeitig manchem Kriminellen als Schutzwall dienen.

Ich sehe, dass der Raum des Rechts, der Freiheit und der Sicherheit nicht nur auf der Verknüpfung der verschiedenen Rechtssysteme beruht, sondern auch, damit er funktionieren kann, auf den Aufbau, die Verbindung, die Pflege und die Kontrolle informationstechnischer und logistischer Infrastruktur wie SIS II oder Eurodac angewiesen ist.

I - 2/ Diese Erfahrung habe ich immer in den Dienst eines **überzeugten Europäertums, einer Vision von Europa** gestellt.

Als Kind wurde ich von der Persönlichkeit Robert Schumans geprägt, dem mein Vater in Freundschaft verbunden war. Später als Erwachsener habe ich manche Schlacht geschlagen, um Europa voranzubringen. Ich möchte dies an drei Beispielen aus jüngerer Zeit verdeutlichen: dem Verbot jeglicher Diskriminierung, damit Behinderte unbeschränkt am Luftverkehr teilnehmen können; dem erneuten Auf-den-Weg-bringen von Galileo; dem Projekt der Verkehrsgemeinschaft zwischen der EU und den Balkanländern, das ich in Belgrad vorgestellt habe.

Die Europäische Union ist **notwendiger denn je**. Die Globalisierung bietet Chancen – sicher – aber sie erzeugt auch Ängste, die wir ausräumen müssen. Dies wird uns nur gelingen, wenn wir mit einer Stimme sprechen und gemeinsam handeln.

Die Europäische Union, die gegründet wurde, um unsere Völker miteinander zu versöhnen, muss ihren **Modellcharakter** bewahren. Wegen des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts ist Europa äußeren Schockeinwirkungen und Spekulationsblasen weniger ausgeliefert als andere Teile der Welt.

Die Europäische Union ist noch immer im **Entwicklungsstadium**: Gewiss kommen wir nur langsam voran und Kompromisse gehören zum System, aber die Gemeinschaftsmethode hat sich bewährt.

II – Der Raum des Rechts, der Freiheit und der Sicherheit steckt die Grenzen des europäischen Projekts 'Einheit in Vielfalt' neu ab.

Ich würde mich freuen, wenn die Befugnisse des Europäischen Parlaments als Mitgesetzgeber in diesem Bereich erheblich gestärkt würden. Dies wird, so hoffe ich mit Ihnen, lediglich aufgeschoben. Je kürzer desto besser!

Sie können auf mein volles Engagement zählen.

Ich möchte diesen Raum festigen, indem ich **die Unionsbürgerschaft weiter stärke. Dabei werde ich den Schutz und die Achtung aller mit der Unionsbürgerschaft und der Freizügigkeit verbundenen Rechte im Auge behalten**. Aber parallel zur Unionsbürgerschaft brauchen wir **eine intensivere gemeinsame Einwanderungspolitik und müssen die Migrationsströme in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Drittländern steuern**.

II – 1 Die Unionsbürgerschaft stärken

Vor der Unionsbürgerschaft braucht niemand Angst zu haben. Die Unionsbürgerschaft ist nicht darauf angelegt, die nationale Staatsbürgerschaft oder gar die nationale Identität zu ersetzen. Sie ist lediglich ein Zusatz zur nationalen Staatsbürgerschaft, will sagen, sie bietet dem Einzelnen größtmöglichen Schutz, gleich, wo in der EU er sich befindet, und zwar sowohl individuellen Schutz dank der Achtung der personenbezogenen Rechte als auch kollektiven Schutz dank der Achtung der Rechtsnormen.

1/ Unionsbürgerschaft und Grundrechte:

Im Mittelpunkt unserer Politik muss der Schutz des Einzelnen stehen und die Garantie der Grundrechte und Grundfreiheiten aller Personen, die auf europäischem Boden leben.

Ich beabsichtige, alle Mittel, die uns auf der Grundlage der Verträge zur Verfügung stehen, voll auszuschöpfen, um den **Grundrechten** Geltung zu verschaffen.

Die **Grundrechte-Agentur**, die es ohne Ihre Unterstützung nicht geben würde, wird dabei ein wichtiger Partner sein. Mit dem Direktor der Agentur, Herrn Kjaerum, habe ich bereits ein persönliches Treffen gehabt.

Die Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten in der Europäischen Union ist **weltweit beispielhaft** und muss es bleiben. Von ihr hängt die Glaubwürdigkeit unserer Außenpolitik ab. Ich hoffe, es wird uns eines Tages möglich sein, den **Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention vorzuschlagen**, um so den Beispielcharakter der EU noch mehr zu unterstreichen.

Jede Form der Diskriminierung wiegt schwer und muss mit der gleichen Entschlossenheit bekämpft werden. Die Kommission hat hierzu bereits Legislativvorschläge eingebracht, insbesondere zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Mein Kollege Vladimir Špidla wurde, was mich sehr freut, letzte Woche beauftragt, einen Vorschlag für eine Richtlinie auszuarbeiten, die sich gegen alle in Artikel 13 EG-Vertrag genannten Formen der Diskriminierung richtet.

Der Schutz des Einzelnen ist ohne die **Achtung der Privatsphäre** nicht denkbar. Die derzeitige Lage muss verbessert werden. Ich weiß, welchen Stellenwert das Parlament dieser Frage beimisst. Deshalb plane ich eine umfassende Konsultation, die auf eine **Stärkung des Datenschutzes** abzielt. Die geltende Regelung (d. h. die Richtlinie 95/46) muss modernisiert werden, um sie den neuen Technologien anzupassen und um den neuen Herausforderungen gerecht zu werden. Ihre Beiträge wie auch die des Europäischen Datenschutzbeauftragten, mit dem ich unlängst zusammengetroffen bin, werde ich ganz genau studieren.

Freiheit und Recht gehen Hand in Hand. Eine der großen Errungenschaften der Europäischen Union ist die Möglichkeit für die europäischen Bürger und ihre Familien, **frei** von einem Mitgliedstaat in einen anderen zu **reisen** und sich dort aufzuhalten. Diese Freiheit darf nicht in Frage gestellt werden. Sie muss garantiert werden. Im Laufe dieses Jahres werden wir einen Bericht über die Anwendung der Richtlinie 2004/38/EG vorlegen.

Die Freizügigkeit im Innern der EU begründet für uns Pflichten außerhalb der EU. Wir sind doppelt zur Solidarität verpflichtet:

- **Solidarität** gegenüber den Bürgern der Mitgliedstaaten, die nicht wie die anderen Bürger **Visaerleichterungen** genießen: Sie können darauf zählen, dass ich mich mit ganzer Kraft dafür einsetzen werde, **die Vereinigten Staaten** davon zu überzeugen, dass sie **allen Unionsbürgern die visafreie Einreise gestatten**;
- Solidarität gegenüber den Völkern Europas, deren Zukunft in der Europäischen Union liegt: Ich habe mit den Ländern des Westlichen Balkans einen **Dialog aufgenommen, an dessen Ende als Zeichen ihrer europäischen Wurzeln und ihres Übergangs zur Demokratie die Abschaffung der Visumpflicht stehen soll.**

Was nützt dem Einzelnen seine Freizügigkeit, wenn seine Rechte außen vor bleiben oder er nicht weiß, wie er sie geltend machen soll? Reisen, Eigentum erwerben, Verträge schließen, heiraten, Kinder bekommen, sich scheiden lassen,

sterben – damit verbundene Vorgänge, die zuhause problemlos sein können, werden kompliziert, sobald Grenzen überschritten werden.

Der **Besitzbestand** im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen hat große Fortschritte gemacht: Ich werde darauf achten, dass die Vorschriften ordnungsgemäß **angewandt** werden, und mich auch gegebenenfalls nicht scheuen, **Vertragsverletzungsverfahren** einzuleiten. Ich werde Sie diesbezüglich regelmäßig über den neuesten Stand informieren.

Damit dieser Besitzstand von **denen, die ihn in der Praxis umsetzen müssen, richtig angewandt** wird, möchte ich zudem **darauf hinwirken, dass er verständlicher wird**. Das **Rechtsforum**, das ich am 30. Mai diesen Jahres gemeinsam mit dem Ausschussvorsitzenden Gérard Deprez ins Leben gerufen habe und das ich mit ihm und dem Ausschussvorsitzenden Giuseppe Gargani leiten möchte, wird mir helfen, den Dialog mit der täglichen Praxis nicht abreißen zu lassen.

Um den Bürgern das Leben leichter zu machen, muss auch die Zusammenarbeit zwischen den Justizbehörden verbessert und das **Programm für die gegenseitige Anerkennung** von Rechten, Rechtshandlungen und Entscheidungen erfolgreich abgeschlossen werden. Ich werde vorschlagen, dass ein rechtlicher Rahmen für die gegenseitige Anerkennung der vermögensrechtlichen Wirkungen der Ehe und anderer Formen des Zusammenlebens geschaffen wird. Auch die Anerkennung von Bescheinigungen über den Personenstand und die Beglaubigung öffentlicher Urkunden in der EU sind Arbeitsfelder, die ich in Angriff nehmen möchte.

Ein Thema, das mit besonders am Herzen liegt, ist der **Schutz der Kinder** vor allem **bei Scheidungen**. Eine ordnungsgemäße Anwendung der Vorschriften zur elterlichen Sorge und zur Unterhaltspflicht ist dabei unverzichtbar. Ich habe meine Dienststellen angewiesen, alles daranzusetzen, um bis zum Ende des Jahres die **Website** zur Information von Kindern über ihre Rechte, Rechtsmittel und Kinderschutzorganisationen fertig zu stellen. Außerdem möchte ich erreichen, dass alle Mitgliedstaaten ein **echtes Frühwarnsystem bei Kindesentführungen** einrichten.

Aber es reicht nicht, die Rechte des Einzelnen zu schützen – die Gesellschaft muss auch in der Lage sein, ihre Sicherheit zu garantieren.

2/ Unionsbürgerschaft und Sicherheit:

Freiheiten und Grundrechte können ohne Sicherheit, ohne die Gewährleistung eines kollektiven Schutzes nicht wirklich ausgeübt werden.

Die **gegenseitige Anerkennung** der von den Gerichten der Mitgliedstaaten getroffenen Entscheidungen muss der Grundstein der justiziellen Zusammenarbeit bleiben.

Wir müssen bei der Einrichtung des **Europäischen Strafregisterinformationssystems** rasch Fortschritte machen, um zu verhindern, dass sich so etwas wie der Fall Fourniret wiederholt. Um diesem Ziel konkret näherzukommen, habe ich im Rahmen der Initiative **"E-Justiz"** einen entsprechenden Beschluss unterbreitet. E-Justiz nutzt die Mittel der Informationsgesellschaft, um den Bürgern den Zugang zur Justiz zu erleichtern und die Zusammenarbeit zwischen den Justizbehörden auszubauen.

Doch je wirkungsvoller unsere Instrumente im Polizei- und Strafrechtsbereich werden und je mehr wir sie vernetzen, desto wachsamer müssen wir beim Datenschutz sein.

In unserem Europa ohne Binnengrenzen und bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens und des Terrorismus ist die Kommunikation unserer Polizei- und

Strafbehörden noch nicht gut genug. **Die laufenden Entwicklungen von Eurojust** müssen fortgesetzt werden.

Parallel hierzu **muss die polizeiliche Zusammenarbeit durch die Stärkung von Europol verbessert werden**. Die Umwandlung von EUROPOL in eine Agentur der Union muss zum Abschluss gebracht werden.

Die Initiativen zur Verbreitung bewährter Verfahren und die Verwendung der neuesten Technologien bei der **Terrorismusbekämpfung** werden von mir ebenfalls fortgesetzt werden. 2009 könnte ein neues Maßnahmenbündel zur Abwehr von chemischen, biologischen, radiologischen und atomaren Bedrohungen und zur Verhinderung der Anwerbung durch terroristische Netzwerke folgen. Die Terrorismusbekämpfung muss unter **uneingeschränkter Wahrung der Grundrechte** erfolgen. Ich bin gespannt auf die Ergebnisse der an die Mitgliedstaaten versandten Fragebögen zur Wirksamkeit der Anti-Terror-Maßnahmen.

Daneben möchte ich den **kollektiven Schutz der am meisten gefährdeten Personen** verbessern. Was den **Menschenhandel**, insbesondere den Handel mit Frauen, und die **sexuelle Ausbeutung** von Kindern oder die Unterstützung der **Opfer** von Straftaten anbelangt, werde ich Ihnen **Vorschläge vorlegen, wie der bestehende rechtliche Rahmen verbessert werden kann**. Das Parlament muss seinen Standpunkt hierzu zu äußern.

Ganz besonders setze ich dabei auf den Beitrag Ihrer Ausschüsse. Dank der Kenntnisse, die jeder Einzelne von Ihnen in diesen Fragen erworben hat, werden wir Fortschritte verzeichnen können. Ich **denke insbesondere an das Thema Gewalt gegen Frauen und an die Vorschläge ihrer Ausschussvorsitzenden Anna Zaborska. Oder das Thema Drogenhandel, der einen permanenten Angriff auf die Jugend und die europäische Gesellschaft darstellt**.

Beim Kampf gegen die Gewalt im Straßenverkehr habe ich gelernt, dass man nicht aufgeben darf.

Nach dem Muster der europäischen Charta für die Sicherheit im Straßenverkehr plane ich, eine europäische **Charta für die Verhütung und Bekämpfung des Drogenmissbrauchs** einzuführen. Eine Unterschrift zieht oft eine andere nach sich, das verantwortungsbewusste Verhalten einer Person bewirkt häufig, dass sich auch andere verantwortungsbewusst verhalten. Und so **wächst nach und nach ein Bewusstsein**.

II- 2 Stärkung der gemeinsamen Einwanderungspolitik

Wir müssen jetzt unter den Mitgliedstaaten und in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit Drittländern die Migrationssteuerung miteinander abstimmen.

Die Einwanderung wird in den kommenden Jahre für uns eine der größten Herausforderungen darstellen. Sie wird aber auch Wachstums- und Beschäftigungschancen bieten, die nicht nur unseren alternden Volkswirtschaften, sondern auch der Entwicklung der Herkunftsländer zugute kommen.

Mit einer unzureichend aufeinander abgestimmten Politik werden wir diesem komplexen Problem nicht beikommen können.

Wir müssen also **einen integrierten Ansatz auf Unionsebene** fördern, mit dem wir die legale Einwanderung steuern, die Integration fördern und gleichzeitig in Zusammenarbeit mit den besonders betroffenen Drittländern der illegalen Einwanderung vorbeugen. Deshalb werde ich morgen eine Mitteilung vorlegen, die uns ermöglichen soll, die Kohärenz und Effizienz unserer Maßnahmen zu verstärken.

Die legale Einwanderung trägt zu unserem Wohlstand bei. Sie muss und sie kann im Interesse aller und unter Achtung der Menschenwürde gesteuert werden, wenn wir den Einwanderern eine klar definierte, angemessene Rechtsstellung verschaffen. Zwei Vorschläge zur illegalen Einwanderung stehen derzeit zur Diskussion: Einer betrifft die so genannte EU-Blue card für hochqualifizierte Arbeitnehmer, der andere sieht die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle vor. Zwei weitere Vorschläge sollen in den nächsten Monaten folgen: Saisonarbeiter, Angestellte ; die innerhalb des selben Unternehmens versetzt werden und bezahlte Auszubildende. Unabhängig von der Rechtsgrundlage kommt dem Parlament bei diesen Themen eine wichtige Rolle zu, das hierzu unbedingt angehört werden muss.

Wir müssen außerdem die Integrationsbemühungen der legalen Einwanderer unterstützen. Auf europäischer Ebene wie auf Ebene der Mitgliedstaaten müssen wir dafür die **Finanzmittel** vorsehen, ohne die es keine ernsthaften **Integrationsmaßnahmen** geben und Diskriminierung nicht bekämpft werden kann.

Gleichzeitig müssen wir darauf hinarbeiten, dass die **Instrumente, die uns zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung** zur Verfügung stehen, wirksamer eingesetzt werden. Hierfür bieten sich eine Reihe von Maßnahmen an wie die Verschärfung der Kontrollen an den Außengrenzen, die Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und des Menschenhandels sowie eine wirksame und humane Rückführungspolitik, die wir partnerschaftlich mit Drittländern durchführen.

Bei der Verschärfung der **Außengrenzkontrollen** werden wir den Weg fortsetzen, den die Mitteilungen vom Februar 2008 vorgezeichnet haben. Es geht dabei darum, die Mobilität von Bona-fide-Reisenden in der Europäischen Union zu sichern und zugleich entschlossen gegen illegale Einwanderung und Menschenhandel vorzugehen.

Wenn ich davon spreche, der illegalen Einwanderung einen Riegel vorzuschieben, so tue ich dies auch, weil die illegale Einwanderung jeder Art von Missbrauch Tür und Tor öffnet, weil sie dazu führt, dass die Rechtlosen ausgebeutet werden und neue Formen der Sklaverei entstehen.

2/ Das europäische Asylsystem muss weiterentwickelt werden.

Das europäische Ideal verlangt von uns aber auch eine **aktive Solidarität** gegenüber Opfern von kriegerischen Auseinandersetzungen und Verfolgung, d.h. gegenüber Flüchtlingen und **Asylbewerbern**.

Das Fundament für das gemeinsame europäische Asylsystem ist gelegt, aber es bleibt noch viel zu tun. Daher wird die **Kommission morgen ein Papier zur künftigen Asylstrategie vorlegen**, in dem sechs konkrete Legislativvorschläge angekündigt werden. Bereits im Herbst werde ich Vorschläge zur Änderung der „Eurodac-“ und der „Dublin“-Verordnung sowie der Richtlinie über die Aufnahmebedingungen vorlegen. Noch vor Ende des Jahres soll der Vorschlag über die Errichtung einer europäischen Unterstützungsagentur eingebracht werden, die die Solidarität und die Zusammenarbeit im Asylbereich verbessern soll. Ebenfalls folgen sollen dann Vorschläge zu den Asylverfahren und zu den Bedingungen für die Erlangung von Asyl .

Zusammen sollen diese Vorschläge das innovative und ehrgeizige Gerüst bilden, das **mittelfristig zu einem echten gemeinsamen europäischen Asylsystem ausgebaut** werden soll, das ganz im Zeichen der Solidarität steht.

III – Die Handlungsmöglichkeiten der Gemeinschaftsmethode voll ausschöpfen

Lassen Sie mich nun darlegen, wie ich mir mein weiteres Vorgehen vorstelle.

Im Rahmen der Handlungsmöglichkeiten, die mir durch die Gemeinschaftsmethode oder andere Instrumente zur Verfügung stehen, möchte ich das **Europäische Parlament so weit wie irgend möglich einbeziehen, so wie ich es bereits seit vier Jahren tue.**

Was die Legislativvorschläge und das Arbeitsprogramm anbelangt, werde ich den bisherigen Besitzstand von Fall zu Fall überprüfen, um zu sehen, welche Instrumente in naher Zukunft überarbeitet oder ersetzt werden müssen. **Im Frühjahr 2009 möchte ich in der Kommission ein Mehrjahresprogramm** für den Bereich Justiz, Freiheit und Sicherheit vorstellen. Dabei werde ich das Parlament umfassend in die Beratungen zur Vorbereitung des neuen Programms einbeziehen.

Was die Haushaltsausführung betrifft, so stellt sich schon jetzt die Frage nach den Mitteln für die Jahre 2007 bis 2013. Die Ausführung des Haushaltsplans wird nicht leicht sein, da der Stellenwert dieses Politikbereichs zugenommen hat. Ich werde den **parlamentarischen Ausschüssen, dem Haushaltsausschuss und auch dem Haushaltskontrollausschuss, wann immer nötig, Bericht erstatten.**

Die Kommission und ich als ihr Vertreter in diesem Bereich werden als Hüter des Vertrags der Kontrolle und der effizienten Umsetzung der geltenden Regeln ebenso viel Bedeutung beimessen wie der Ausarbeitung neuer Vorschläge. Ich werde gegebenenfalls auch von der Möglichkeit der **Vertragsverletzungsverfahren** Gebrauch machen. Außerdem werde ich darüber nachdenken, welche Verbesserungen vonnöten sind, damit der Gerichtshof weitere Kontrollbefugnisse erhält. Der **Fortschrittsanzeiger** zum Programm von Tampere und zum Haager Programm wird auch künftig veröffentlicht werden. Falls gewünscht, werde ich den Ausschüssen des Parlaments über den Stand der laufenden Verfahren zur Kontrolle der Anwendung des Vertrags Bericht erstatten.

Als Verantwortlicher für die Verhandlungen auf internationaler Ebene werde ich mich mit vollem persönlichen Einsatz engagieren, wie ich es bereits bei dem "Open-Skies-Abkommen" zwischen Europa und den Vereinigten Staaten getan habe. Vor allem denke ich dabei an die Regelungen für visumfreies Reisen und die Rückübernahmeabkommen. Gemäß der interinstitutionellen Praxis werde ich das **Parlament regelmäßig über den Stand der Verhandlungen informieren.**

Schließlich werde ich ein **Kommissar auf Reisen** sein: Ich beabsichtige, wann immer nötig, mich zu den Akteuren, nationalen Parlamenten, Sozialpartnern, NROs usw. zu begeben, um vor Ort Gespräche zu führen.

Um verstehen und handeln zu können, brauche ich Ihre Unterstützung. Kommission und Parlament sind berufen, gemeinsam das allgemeine europäische Interesse zu wahren.

Recht, Freiheit und Sicherheit – diese drei Grundprinzipien sind untrennbar miteinander verknüpft und bilden ein Dreieck.

Die Spitze des Dreiecks bildet das Recht; es muss stets für die rechte Balance sorgen zwischen Freiheit und Sicherheit, d.h. zwischen dem Schutz der Rechte des Einzelnen und dem Schutz der Allgemeinheit, der es dem Einzelnen erst ermöglicht, von seinen Rechten Gebrauch zu machen.

Der Baustein, den ich der Konstruktion als viertes Standbein hinzufügen möchte, ist **die Solidarität.**

Solidarität zwischen Staaten, Solidarität gegenüber hilfsbedürftigen oder benachteiligten Bevölkerungsgruppen, Solidarität mit den Opfern von Menschenhandel und Solidarität mit deren Herkunftsländern, ohne die es keine konzertierte, stimmige Einwanderungspolitik geben kann.

Das Gesetz bildet den Rückhalt dieser Konstruktion.

Die Achtung des Menschen muss im Mittelpunkt unserer Politik stehen. Mein ganzes politisches Handeln war stets an dieser persönlichen Philosophie ausgerichtet.

Es erfüllt mich mit großer Freude und beträchtlichem Stolz, dass ich mit Ihnen für dieses Europa, das wir in den Dienst des Menschen, der Menschenwürde und der unveräußerlichen Rechte stellen wollen, arbeiten darf.